

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Verkäufer zugetragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.25 M., durch die Post bezogen einschließlich 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle längerer Abwesenheit oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Intensivpreis 1 M. für die 6geheften Anzeigenblätter über deren Namen, Adressen, die 2spaltige Anzeigenblätter 2.50 M. Bei Werbungen und Jahresaufträgen entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen in amtlichen Zeitungen von Behörden die 2spaltige Anzeigenblätter 3 M. Nachweilungsblätter 30 Pf. Anzeigenblätter 10 Pf. vormittags 10 Uhr. Für die Anzeigenblätter der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anzeigenauftrag ist verbindlich, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Er erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 197.

Mittwoch den 24. August 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

**Kartoffelversorgung.** Für hiesige minderbemittelte Einwohner, die nicht in der Lage sind, sich für die kommende Versorgungszeit mit Kartoffeln einzudecken zu können, soll zur wochenweisen Belieferung versucht werden, Kartoffeln zu beschaffen. Diejenigen Einwohner, die hiervon Gebrauch machen wollen, haben sich vom 25. bis 27. August vormittags 9—1 Uhr — Zimmer Nr. 2. — zu melden.

Wilsdruff, am 22. August 1921.

Der Stadtrat.

**Donnerstag den 25. August 1921 abends 7 Uhr  
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.**

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 22. August 1921. Der Stadtverordnetenvorsteher.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Amerikanische Blätter melden, daß der Abschluß des Friedens zwischen Deutschland und Amerika unmittelbar bevorsteht.
- Ein Streik der Eisenbahner in den ehemals deutschen Gebieten Polens hat fast den gesamten Verkehr lahmgelegt.
- Die Ungarn haben mit der Besetzung der ihnen im Frieden von Trianon zugesprochenen Teile Frankreichs begonnen.
- Im Reichsfinanzministerium begannen die Verhandlungen mit den Beamten und Gewerkschaften über die Erhöhung der Gehälter und Löhne.
- Die Schlacht zwischen Griechen und Türken bei Gordium erstreckt sich bereits über eine Front von 40 Kilometern.
- Minister Rathenau begibt sich am Donnerstag zu einer neuen Begegnung mit Douhaire nach Wilsdruff. Er wird von Staatssekretär Suggenheimer begleitet sein.
- Frankreich, England und Italien werden je zwei Bataillone nach Oberschlesien schicken.

### Vor dem Frieden mit Amerika

Nach einer Meldung aus Washington soll das Staatsdepartement dem amerikanischen Geschäftsträger außerordentliche Vollmachten bezüglich des Friedensvertrages übermittelt haben. Der Vertrag behält den Vereinigten Staaten alle Rechte als siegreiche Macht vor, ohne sie in rein europäischen Angelegenheiten zu engagieren.

Der deutsch-amerikanischen Diplomatie ist es — glücklicherweise, darf man wohl sagen — gelungen, in ziemlich verwickelten Verhandlungen bis dicht an den Abschluß eines Friedensvertrages heranzukommen. Ab und zu waren wohl von mißglücklicher Seite Versuche zu beobachten, diese Verhandlungen durch Versuchsbalkons oder auch durch Mordanschläge, die den Anschein von Indiskretionen haben sollten, zu gefährden. Die Distraction wurde aber in diesem Falle von beiden Seiten so getreulich innegehalten, daß kein Schaden entstanden ist. Noch zu aller Zeit wagte sich plötzlich die Behauptung hervor, ein eigentlicher Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika sei zunächst als ausüchtlos zurückgestellt worden, und man wolle sich deshalb mit dem Abschluß eines Handelsvertrages begnügen. Für jeden Kenner der Verhältnisse ist das eine Unmöglichkeit, denn selbstverständlich können Handelsverträge nur zwischen Staaten abgeschlossen werden, die im Frieden miteinander leben.

So weit sind aber Deutschland und Amerika noch immer nicht. Ist es auch bald zwei Monate her, daß Senat und Repräsentantenhaus in Washington sich auf eine Resolution geeinigt haben, die dazu bestimmt ist, dem immer noch formell andauernden Kriegszustand mit Deutschland ein Ende zu bereiten, und hat diese Resolution auch schon die Unterschrift des Präsidenten Harding gefunden, so ist sie doch immer noch nicht veröffentlicht worden und also noch nicht in Kraft getreten. Man hat es in Washington für richtig gehalten, damit zu warten, bis der Aufhebung des Kriegszustandes auf dem Papier unmittelbar auch eine positive Neuordnung des Friedenszustandes folgen könnte. Zu diesem Zwecke wurden vertrauliche Besprechungen in Berlin eingeleitet, die der damals neue Außenminister Dr. Rosen mit dem vorläufigen Geschäftsträger der großen Republik, Herrn Dreffel, sofort aufnahm. Jetzt sind sie soweit gediehen, daß sie als beendet angesehen werden können. Was noch fehlt, ist einmal die Unterschrift der amerikanischen Regierung, und auf unserer Seite die Zustimmung des Reichstages. Der Reichskanzler hat mit den Parteiführern, auch mit denjenigen der Rechtsopposition, bereits soweit Fühlung genommen, daß eine glatte und rasche Erledigung der Vorlage in der deutschen Volksvertretung gesichert erscheint.

So hofft man den Sonderfrieden mit Amerika, nachdem Jahre drüber hingegangen sind, nun endlich in der laufenden Woche zustandezubringen. Ihm sollen dann mit möglichster Beschleunigung Verhandlungen über Vorbereitung und Ausführung des Handelsvertrages auf dem Fuße folgen. Die Frage der Kriegsschuld wird entgegen tendenziöser Ausstellungen, die noch im letzten Augenblick Schwierigkeiten schaffen wollten, in dem Friedensvertrage nicht berührt. Ob von amerikanischer Seite Versuche gemacht wurden, sie abermals aufzuwerfen, ist nicht bekannt geworden. Tatsache ist, daß bestimmte Forderungen in dieser Beziehung an uns nicht gestellt worden sind und also auch nicht zurückgewiesen zu werden brauchen. Soviel gesunden Menschenverstand haben sich also die Amerikaner ebenfalls bewahrt, um die praktische Arbeit,

die zu leisten war, nicht durch Gefühlsmomente von schwerstem Gewicht von vornherein zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen.

Wenn es soweit ist, daß auch dieser Friedensvertrag noch der deutschen Geschäftsmannschaft einverleibt sein wird, dürfte sich um seinetwillen zunächst in den Beziehungen beider Länder schwerlich vieles ändern. Die Kriegsbeschränkungen wurden zwar dem Buchstaben nach immer noch aufrecht erhalten, in der Sache aber unterschied sich der persönliche wie der Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern schon seit Jahr und Tag kaum noch von demjenigen mit den anderen feindlichen Ländern aus der Zeit des Weltkrieges. Der Wirtschaftsverkehr und der Kreditverkehr mit der Neuen Welt war allmählich wieder in Gang gekommen. Wenn er bisher hinter vielfachen Erwartungen, ja auch hinter dringenden Notwendigkeiten zurückgeblieben ist, so weniger um des noch fortdauernden Kriegszustandes willen, als wegen der sachlichen Schwierigkeiten, die nun einmal nicht mit Resolutionen oder Kongreßbeschlüssen aus der Welt zu schaffen sind. Auch der formelle Friedens- und der danach anzuschließende Handelsvertrag wird diese Lage nicht mit einem Schlage verändern. Die Amerikaner sind und bleiben in erster Reihe praktische Geschäftsleute, die Deutschland genau so hoch einschätzen werden, wie seine Wirtschaftskraft es zuläßt. Wenn auf ihrer Seite wirklich der gute Wille bestanden hätte, den sie sich so gern von aller Welt bescheinigen lassen, so hätten wir mit ihnen schon längst handelsmäßig sein können. Daß sie uns im Kampf um das deutsche Oberschlesien allein lassen, ist gleichfalls kein Beweis für das Maß von Wohlwollen, das manche Deutschen immer noch bei ihnen voraussetzen.

Wir werden auch nach dem Friedensvertrag mit Amerika im wesentlichen auf unsere eigene Kraft angewiesen bleiben. Nur wenn wir sie ungeteilt auf das eine Ziel der Wiederaufrichtung Deutschlands vereinen, werden wir nach und nach wieder zu einem geachteten Mitglied der Völkervereinigung emporwachsen können.

### Der Völkerbund wünscht freie Hand.

Prüfung ohne Vorbehalt und Einschränkung.  
Der Vorsitzende des Völkerbundesrates Baron Schull hat an Briand auf die Bitte, der Völkerbund möge die Oberschlesische Frage beraten, geantwortet, er hoffe, daß alle Mitglieder des Völkerbundes sich dieser Aufgabe im Geiste des Friedensvertrages unterziehen würden. Aus der bisherigen Diskussion dieses Problems habe er ersehen, daß die obereschlesische Angelegenheit der Prüfung des Völkerbundesrates „ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung“ übergeben worden ist, und daß der Völkerbundsrat infolgedessen alle Freiheit hat, die Angelegenheit zu behandeln, wie er es für am wirksamsten halten wird. Er sei sicher, daß während der Beratungen des Völkerbundesrates alle im Obersten Rat vertretenen Regierungen von jedem Akt Abstand nehmen werden, der diese Freiheit beschränkt, oder einer unparteiischen Prüfung dieser Angelegenheit durch den Völkerbundsrat schaden könnte. Unter dieser Voraussetzung hoffe er fest, daß der Völkerbundsrat in kurzer Frist eine Empfehlung, die von allen Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen worden sei, werde vorlegen können.

### Truppenverstärkungen für Oberschlesien.

Die „Petit Parisien“ meldet, ist die Nachricht, daß Frankreich eine Brigade nach Oberschlesien schicken werde, unwichtig. Frankreich, England und Italien würden je zwei Bataillone entsenden. Nur für den Fall, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung es notwendig mache, würden die französischen Verstärkungen vermehrt werden. Bisher sei der Zeitpunkt für die Entsendung der Verstärkungen noch nicht festgesetzt.

### Beunruhigende Alarmnachrichten.

Der Bevölkerung des Kreises Rosenberg, der bei der Abstimmung mit über 68 Prozent für Deutschland gestimmt hat, hat sich große Sorge und Erregung bemächtigt, weil nach dem Zeitungsbericht über die Verhandlungen des Obersten Rates in Paris Lloyd George von der Möglichkeit gesprochen haben soll, den Kreis Rosenberg oder Teile des Kreises Polen anzusprechen, als eine Art Austauschobjekt für Teile des Industriebezirks, der nach dem englischen Standpunkt ungeteilt bei Deutschland bleiben soll. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien ist daher bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz vorstellig geworden und ist ermächtigt worden, mitzuteilen, daß niemals die Absicht bestanden hat und auch jetzt nicht besteht, den Kreis Rosenberg oder Teile des Kreises als Austauschobjekt Polen anzusprechen.  
Eine ähnliche, ebenfalls an amtlicher Stelle nicht be-

stätigte Meldung wird von einem polnischen Blatt verbreitet, welches aus Opatowitz erfahren haben will, daß die Landräte der Kreise Wiesz und Rynik vom Oberpräsidenten in Opatowitz die Aufforderung erhalten hätten, sich für die Übergabe ihrer Kreise an die Polen vorzubereiten. Ebenso hätten die Postbeamten den Auftrag erhalten, ihre Ämter den Polen zu übergeben. Es scheint sich auch hierbei um eine alte polnische Stimmungsmache zu handeln, die dem von beiden Seiten angestrebten Burgfrieden gräßlich zuwiderläuft.

### Der Krieg in Kleinasien.

Angeblicher Sieg der Griechen.

Wie üblich, sind die griechischen Meldungen aus Kleinasien derartig, daß man zwischen den Zeilen lesen kann. Bei dem allbekanntem Ort Gordium, 70 Kilometer von Angora, tobte der Kampf schon seit einigen Tagen. Die Griechen „siegen“ und haben die ganze türkische Kavallerie vernichtet; 170 türkische Offiziere und 4000 Mann sind gefangen. Andererseits „wird der Widerstand der Kemalisten immer heftiger“. Man nimmt an, daß sie Truppenverstärkungen aus dem Kaukasus und Cilicien erblieben. Die Griechen, heißt es, sind gezwungen, in einer schrecklichen Wüste vorzutreten. Die Türken zogen sich 40 Kilometer östlich vom Salaria-Fuß zurück. Einer Radiomeldung aus Konstantinopel zufolge, ist in der Nähe von Gordium eine Schlacht auf einer Front von 40 Kilometern eingeleitet. Die Griechen verjagten nacheinander den linken Flügel der Türken abzubreden. Die Türken sollen stark befestigte Stellungen bezogen haben.

Die Verteilung des Jelles.

Die griechischen Blätter schreiben einstimmig, daß Griechenland Konstantinopel besetzen müsse. Man erinnert an eine berühmte Prophezeiung des Papen Johannes, der vorausgesagt, daß vor Ende Oktober 1921 Konstantin die türkische Hauptstadt an der Spitze seiner Armee betreten werde. England ist aber dieser Lösung der orientalischen Frage nicht sehr geneigt. Der englische Gesandte in Athen, Lord Grandville, hatte eine Unterredung mit dem griechischen Kriegsminister, Lloyd George soll Griechenland erklärt haben, die Alliierten würden nicht dulden, daß Griechenland sich Konstantinopels bemächtigt. Eine russische Militärkommission unter dem Vorwort eines Generals ist in Angora und hält Moskau über die Ereignisse auf dem Laufenden. Lenin hat Mustafa Kemal anlässlich seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

#### Die Holzlieferungen an die Entente.

Die deutsche Zentralstelle für Holzlieferungen an die Entente konnte bisher mit der französischen Regierung wegen der Übernahme der angeforderten Mengen noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis kommen, da trotz des Wiederaufbaues in Nordfrankreich infolge der Überfüllung der Lager der Holzhandlungen mit holländischer und schwedischer Ware der Bedarf gering ist, so daß für dieses Jahr mit einer nennenswerten Auswirkung der Holzlieferungen an die Entente nicht zu rechnen ist.  
Der Zusammentritt des Reichstags.

Da man mit Sicherheit annimmt, daß der Reichstag am 6. September noch nicht zusammentreten kann, und da am 18. September in Görlich der sozialdemokratische Parteitag beginnt, so hätte der Reichstag, kaum zusammengetreten, seine Arbeiten doch wieder unterbrechen müssen. Man glaubt daher, daß der Wiedervereinigung des Reichstags erst nach dem Görlicher Parteitag erfolgt.

#### Der kommunistische Parteitag.

Unter sehr harter Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches begann in Jena der zweite Parteitag der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Verhandlungen sind fünf Tage vorgesehen. Mehrere ausländische Vertreter gaben ihrer Solidarität mit den deutschen Kommunisten und der Hoffnung Ausdruck, daß der Parteitag die völlige Konsolidierung der K. P. D. zur Folge haben möge. Dr. Paul Levi, der aus der K. P. D. und aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen ist, hält sich in Jena auf, um mit seinen Anhängern in händiger Fühlung zu bleiben.